



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

24. Juli 2026
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Nicht nur die Temperaturen spinnen, sondern ihr ganzes System!

Wochen mit Temperaturen von 30 Grad und mehr; Hitzewellen mit über 40 Grad ohne nächtliche Abkühlung: Solche Sommer werden wir von nun an immer häufiger erleben. Die Herrschenden sind dabei, den Planeten in einen Backofen zu verwandeln. Und überall sind wir Arbeitenden und Ärmern es, die die Folgen mit voller Wucht treffen.

Wie viele hatten auf der Arbeit einen Kreislaufzusammenbruch, haben sich übergeben, sind ohnmächtig geworden! Und doch sollten wir weiterarbeiten wie immer. Postboten wollten früher morgens anfangen. Abgelehnt. Arbeitende bei Amazon wollten 15 Minuten zusätzliche Pause. Abgelehnt.

VW hat am heißesten Wochenende sogar Sonderschichten aufrechterhalten, weil unbedingt zusätzliche Autos montiert und lackiert werden „mussten“ – im selben Werk, in dem gleichzeitig Tausende entlassen werden, weil zu wenig Arbeit da wäre!

Die Profitgier der Kapitalisten kennt keine Grenzen. Im Gegenteil, wenn die jüngsten Pläne der Regierung durchkommen, dann sollen demnächst 67jährige bei 35 Grad bis zu 13 Stunden am Tag arbeiten „dürfen“.

Und die Zahl der Sicherheitsbeauftragten, die zumindest manchmal einschreiten konnten, hat die Regierung gerade massiv verringert und in kleineren Betrieben sogar ganz abgeschafft.

Ihr Vorgehen ist mörderisch – wortwörtlich. Allein Ende Juni sind über 8.000 Menschen an den Folgen der Hitze gestorben, innerhalb von nur 4 Tagen!

Ein Teil von ihnen starb in Krankenhäusern und Pflegeheimen, weil es für die ohnehin geschwächten Körper keinerlei klimatisierte Räume zum Abkühlen gab und auch keine Pflegekräfte, die regelmäßig für kühlende Umschläge und Flüssigkeit hätten sorgen können.

Und was ist die lapidare Antwort der Regierung? Dass für Hitzeschutzmaßnahmen „keine Mittel zur Verfügung“

stehen. Im Gegenteil: Die drastischen Sparmaßnahmen, die die Regierung mit der Gesundheitsreform letzte Woche verabschiedet hat, werden die Lage sogar noch verschlimmern.

Was sagt es über eine Gesellschaft aus, in der die Einkaufszentren klimatisiert sind, weil es wichtig ist, die Menschen zum Kaufen zu animieren – während Ältere und Kranke ungeschützt der Hitze ausgeliefert sind, weil für sie „kein Geld da ist“?

Ebenso wenig wie für die Kinder! Wie viele von ihnen saßen bei 40°C in überfüllten Klassen und maroden Schulgebäuden, wo die Fenster zum Teil nicht mal aufgehen... oder gar in Containern?

Und wohin konnten sie nachmittags zur Abkühlung gehen? Von den – meist ebenfalls maroden – Freibädern waren nicht wenige wegen Überfüllung oder technischer Defekte geschlossen. Weil die Herrschenden ganz selbstverständlich hunderte Milliarden für ihre mörderische Zukunftsvorstellung, für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen ausgeben – während sie bei unserer wertvollsten Zukunft, den Kindern sparen.

Kein Wunder, dass auch die Zahl der Badeunfälle in unbewachten Seen und Flüssen immer weiter zunimmt. Fast 100 Menschen haben im Juni so ihr Leben verloren.

Der Großteil der über 8.000 Toten starb in schlecht isolierten (Dachgeschoss-) Wohnungen, weil diese sich in lebensgefährliche Backöfen verwandelt hatten. Und was ist die Antwort der Regierung? Verlangt sie zumindest bei Neubauten mehr Hitzeschutz? Im Gegenteil! Im Namen von Bürokratieabbau und Wirtschaftsförderung hat sie den Immobilienkonzernen erlaubt, noch billigere Häuser zu bauen, die sich im Sommer noch stärker erhitzen!

Es ist immer die gleiche Logik: Die Firmen müssten „entlastet“ werden, sprich mehr Profit machen dürfen – um jeden

Preis.

Dafür sollen wir in Wohnungen leben, die sich in Pizzaöfen verwandeln. Dafür sollen wir selbst bei unerträglichen Temperaturen noch mehr arbeiten. Dafür wird alles Nützliche kaputtgespart.

Dafür will die EU den milliardenschweren Konzernen nun sogar erlauben, noch länger noch mehr CO₂ in die Luft zu blasen. Wohlwissend, dass sie dadurch die Klimaerwärmung mit all ihren katastrophalen Folgen noch mehr beschleunigen.

Die Herrschenden behaupten, es gehe nicht anders, sonst würde „unsere Wirtschaft“ untergehen und damit wir alle. Das Gegenteil ist der Fall: Ihre rücksichtslose Profitlogik, ihr irrsinniger Konkurrenzkampf sind es, die uns weltweit in den Untergang treiben.

Während sie uns Vorhaltungen machen, dass jeder einzelne weniger Energie verbrauchen solle, treibt ihr internationaler Konkurrenzkampf alle Konzerne und Staaten dazu, selbst den wenigen Klimaschutz wieder zurückzudrehen.

Planlos werden wieder mehr klimaschädliche Kraftwerke eröffnet. Planlos werden überall Rechenzentren für KI gebaut, die gigantische Mengen an Strom fressen. Hauptsache, man kommt der Konkurrenz zuvor!

Wir sind auf der Titanic, die zielsicher auf den Eisberg zutreibt. Die kapitalistische Klasse kann damit leben. Für die 1. Klasse gibt es immer Rettungsboote. Doch für uns, für die arbeitende Bevölkerung, gibt es sie nicht. Für uns gibt es nur eine einzige Chance: Wir müssen ihnen das Steuer aus der Hand nehmen!

Nur eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft nicht mehr in den Händen privater Kapitalisten und ihrer Profitlogik ist, sondern unter der Kontrolle der Arbeitenden steht und weltweit – vernünftig und nach den Bedürfnissen der Menschheit und des Planeten – geplant und organisiert wird, kann die Katastrophe stoppen.

Proteste der Jugend in Indien: Sie kämpfen für ihre Zukunft

In Indien sind am 20. Juli Zehntausende junge Leute auf die Straße gegangen. Bereits seit Wochen protestieren sie, trotz teilweiser brutaler Unterdrückung durch die indische Regierung.

Sie ertragen die Korruption und die hohe Jugendarbeitslosigkeit nicht mehr, die jedes Jahr Tausende von ihnen in den Selbstmord treibt – während auf der anderen Seite die Bourgeoisie ihren Reichtum zur Schau stellt und ihren Sprösslingen mittels Bestechung jede Tür öffnet. Zum Beispiel, indem man sich von korrupten Beamten vorab die Prüfungsfragen für Aufnahmeprüfungen an der Universität besorgt.

Ein solcher bekannt gewordener Skandal hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Seitdem protestiert die Jugend: Gegen

die Korruption. Gegen das ganze Bildungssystem, das viele Familien in den finanziellen Ruin treibt, die ihren Kindern eine Ausbildung ermöglichen wollen. Dagegen, dass auf viele junge Leute (selbst mit einem Uni-Abschluss) nur Gelegenheitsjobs und Armut warten.

Die Protestbewegung nennt sich ironisch „Kakerlaken-Volkspartei“. Es ist eine Antwort auf den Obersten Richter Indiens, der junge Arbeitslose und Aktivisten als „Kakerlaken“ beschimpft hat. Die Jugendlichen antworten ihnen: Ka-



kerlaken sind hartnäckig, und sie lassen sich nicht vertreiben.

Nach Nepal, Madagaskar und Marokko beginnt nun auch ein Teil der indischen Jugend, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen... indem sie kämpfen.

Kongo: Pflegekräfte streiken für bessere Bedingungen im Kampf gegen Ebola

Über 1.000 Menschen sind bereits an der Ebola-Epidemie gestorben, die im Mai im Kongo ausgebrochen ist. Gegen das extrem gefährliche Virus, das hohes Fieber und innere Blutungen verursacht, gibt es weder Impfstoff noch Medikamente. Die Pharmakonzerne haben nie ernsthaft daran geforscht. Denn der afrikanische Kontinent, auf dem das Virus seit 50 Jahren immer wieder tödliche Epidemien hervorruft, ist für sie als Absatzmarkt zu uninteressant.

Man kann daher die Ausbreitung der Krankheit nur eindämmen, indem man alle Personen isoliert, die mit einem Kranken Kontakt hatten. Doch in der Region, in der die Epidemie ausgebrochen ist, befinden sich große Gold-Minen und Bergwerke, in denen für VW, Intel, Airbus und Co. die wichtigen Metalle Tan-

tal, Wolfram und Zinn abgebaut werden.

In diesen Bergwerken wird von morgens bis abends weitergearbeitet, als gäbe es die Epidemie gar nicht. Schlimmer noch: Viele Bergleute müssen als Wanderarbeiter von Bergwerk zu Bergwerk ziehen, wo gerade Arbeit ist... wodurch sich das Virus noch schneller ausbreitet.

Es fehlt außerdem an allem: an Krankenstationen, an Krankenwagen, an Schutzausrüstung. Selbst für die wenigen Ärzte und Pflegekräfte fehlt es an Masken und Desinfektionsmittel. Sie laufen täglich Gefahr, sich selber anzustecken und das Virus in ihre Familien zu tragen. 35 von ihnen sind bereits an Ebola gestorben. Und zu allem Überfluss haben Pflegekräfte und Ärzte seit Mitte Mai kein Gehalt mehr erhalten.

Gegen diese katastrophalen Zustände sind zunächst die Pflegekräfte der Stadt Buna in den Streik getreten. Sie fordern ihr Gehalt und die notwendige Ausrüstung, um die Kranken zu versorgen, ohne dabei ihr Leben zu riskieren. Schon bald hat sich ihr Streik auf weitere Städte und weitere Berufe ausgeweitet, unter anderem auf diejenigen, die die Ebola-Opfer fahren und bestatten.

Ihr Streik könnte die kongolesische Regierung zwingen, ihre verachtende Politik gegenüber denen zu beenden, die unter Einsatz ihres Lebens gegen die Epidemie kämpfen; eine Epidemie, für deren schnelle Ausbreitung die Profitgier der westlichen Konzerne und ihre jahrzehntelange Ausplünderung des Landes maßgeblich mit verantwortlich sind.

Iran: Der zügellose Hass des Imperialismus

Trotz des Waffenstillstands-Abkommen bombardiert die US-Armee seit zwei Wochen wieder jeden Tag den Iran. Neben militärischen Einrichtungen bombardiert sie Kraftwerke, Brücken und sogar Entsalzungsanlagen, die für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung lebenswichtig sind. Erneut fallen Bomben auf Städte und Wohnhäuser, sterben dutzende Zivilisten.

Erneut bombardiert der Iran als Antwort darauf Ziele in der Golf-Region. Erneut ist die Straße von Hormus komplett gesperrt, mit massiven Folgen für den Ölpreis und die Weltwirtschaft. Und es ist kein Ende in Sicht. Im Gegenteil, die Lage eskaliert weiter.

Saudi-Arabien engagiert sich nun ebenfalls offensiv an der Seite der USA gegen den Iran, droht mit atomarer Aufrüstung und blockiert Häfen und Flughäfen im Jemen. Als Reaktion darauf blockieren die dortigen Huthi-Rebellen, die mit dem Iran verbündet sind, nun saudische Schiffe im Roten Meer. Damit kann Saudi-Arabien sein Öl weder über die Straße von Hormus noch über das Rote Meer exportieren – wodurch der Ölpreis noch stärker steigt und der Jemen erneut in einen blutigen Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran zu versinken droht.

Was erhofft sich Trump von seinen blindwütigen Angriffen auf den Iran? Will er seine Niederlage in diesem Krieg verschleiern oder glaubt er ernsthaft, das iranische Regime doch noch in die Knie zu zwingen?

Eines jedenfalls ist sicher: Die Herrscher der größten imperialistischen Weltmacht können nicht ertragen, dass ihre Vormachtstellung von irgendjemandem in Frage gestellt wird. Und die Bevölkerung im Iran, im gesamten Nahen Osten und letztlich der ganzen Welt zahlt den Preis dafür.

Demnächst vier Jahre Probezeit?

Schon jetzt haben die Unternehmer sehr viele Möglichkeiten uns loszuwerden, wenn sie uns für ihren Profit nicht mehr brauchen, oder wenn wir ihnen zu alt, zu krank, zu langsam oder zu sonst was sind. Aber das reicht ihnen noch nicht.

Jetzt will die Regierung ihnen auch noch die Möglichkeit schenken, jeden Arbeitenden ohne Grund vier Jahre lang befristet einzustellen, statt wie bisher nur zwei Jahre. Und in dieser Zeit darf der befristete Vertrag sechs Mal verlängert

werden. Das bedeutet quasi vier Jahre Probezeit! Vier Jahre, in denen man sein Leben immer nur befristet planen kann. Und vier Jahre, in denen die Unternehmer sie mit der Sorge um die Verlängerung erpressen werden, mehr, schneller, mit unbezahlten Überstunden und ohne ausreichende Schutzmaßnahmen zu arbeiten – was am Ende die Arbeitsbedingungen Aller zu verschlechtern droht.

Dieses geplante Gesetz ist ein Angriff auf alle Arbeitenden.

Statt Altersteilzeit – nun Altersarmut?

Bei ihrer Rentenreform will die Regierung nicht nur abschaffen, dass man – wenn man bereits 45 Jahre geschuftet hat – wenigstens zwei Jahre früher ohne Abzüge in Rente gehen kann. Sie will obendrein Altersteilzeit abschaffen, bei der man mit geringen Abzügen zwei oder drei Jahre früher aufhören konnte. Jede und jeder soll bis 67 arbeiten müssen und bald sogar noch länger.

Die Regierung weiß ganz genau, dass

Viele das nicht schaffen können. Dass mit dieser Reform weitere Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter erst in Erwerbsminderung und Grundsicherung rutschen und anschließend trotz jahrzehntelanger Maloche nur noch eine Niedrigrente bekommen.

Es ist eine besonders widerwärtige Form, die Renten zu kürzen. Lassen wir das nicht zu!

Von den Spritpreisen lernen



Streit in der AfD: Was uns das über die Partei verrät

Im April 2027 sind Landtagswahlen in NRW. Doch bei der Aufstellung ihrer Kandidaten-Liste hat sich der AfD-Landesverband eine regelrechte Schlammschlacht geliefert. Die beiden gegnerischen Lager haben sich sogar gegenseitig mit Strafanzeigen bei der Polizei und einstweiligen Verfügungen bombardiert.

Der Grund: Beide Lager wollten möglichst viele Listenplätze haben. Kein Wunder. Jetzt, wo die Umfrage-Werte für die AfD so hoch sind, ist schließlich ein Platz auf dieser Liste ein sicherer Weg, Landtagsabgeordneter zu werden: mit 12.000 Euro Monatsgehalt und weiteren Annehmlichkeiten. In dem Kampf darum haben die AfD-Politiker fast ihre eigene Partei zerlegt.

Die AfD stellt sich gerne so dar, als wäre sie ganz anders als die „etablierten Parteien“. Doch genau wie diese besteht sie aus Politikern, denen ihre persönliche Karriere wichtiger ist als alles andere. Von dem noch viel Abscheulichen, das die arbeitende Bevölkerung von dieser Partei zu erwarten hat, ganz zu schweigen.

WM: Ein Spiegel ihrer Gesellschaft

Was die WM schon immer geprägt hat, haben Infantino und Trump auf die Spitze getrieben.

Noch mehr Kommerz, horrenden Ticketpreise, noch mehr Werbe-Pausen und Shows, sodass der Fußball teilweise nur noch eine Nebenrolle spielte. Der FIFA hat dies 15 Milliarden Dollar und damit Rekordeinnahmen beschert, all den beteiligten Konzernen wie Adidas, Coca Cola und VISA ebenso.

Schon immer wurde die WM von Regierungen auch zu nationalistischen Zwecken ausgeschlachtet. Und schon immer haben die reichsten Großmächte, vor allem Europas, Einfluss auf die FIFA, auf Regeln und Abläufe der WM genommen. Doch Trump hat diesmal nicht einmal versucht, das zu verschleiern.

Die Entwicklung der WM ist ein Ausdruck dafür, wie sich die gesamte Gesellschaft entwickelt. Nur eine andere Gesellschaftsordnung, ohne private Konzerne und Profitlogik, ohne Grenzen und Nationalismus, kann auch den Sport aus diesem widerlichen Umfeld befreien.

Eine Einladung, uns zu vergiften

Nach dem Skandal 2013, als Pferdefleisch im größeren Maßstab als Rindfleisch verkauft wurde, wurden ein paar Gesetze eingeführt. Zum Beispiel müssen seitdem Behörden und Labore die Öffentlichkeit zumindest informieren, wenn bei Kontrollen schwerwiegende oder wiederholte Verstöße gegen das Lebensmittelrecht festgestellt werden.

Doch genau diese Gesetze will die Regierung jetzt wieder abschaffen. „Bürokratie-Abbau“ nennen sie es, wenn sie den Lebensmittelkonzernen ermöglichen, ihre lebensgefährlichen Machenschaften noch einfacher zu vertuschen.

Nur zur Erinnerung: Gammelfleischskandal, Insektengift in Eiern, Frostschutzmittel im Wein, Mäusekot in Wurst, der 11 Tote gefordert hat. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs, die ans Tageslicht gekommen ist.

Jede Verringerung der Kontrollen ist gefährlich. Wir brauchen nicht noch weniger Kontrolle der Konzerne, sondern mehr. Alle Schritte und Entscheidungen in Produktion, Transport und Labor müssen unter der Kontrolle der Arbeitenden und öffentlich zugänglich sein.

Einzelhandel: Streik gegen die Preistreiber

Seit März streiken immer wieder viele Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter von Kaufland, Ikea, Edeka, Rewe, Penny, Douglas, Zara, H&M, Metro, Lidl und anderen Einzelhandelskonzernen.

Diese Konzerne erhöhen seit Jahren die Preise und verdienen sich nicht zuletzt daran eine goldene Nase. Doch gleichzeitig weigern sie sich, die Löhne ihrer Arbeiter*innen in Verkauf und Lager an diese gestiegenen Preise anzupassen.

...und gegen die Regierung

Die Streikenden protestieren auch gegen sogenannten „Reformpläne“ der Regierung,

insbesondere gegen das, was die Regierung beschönigend eine „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten nennt.

Sie erleben schon zur Genüge, dass „flexible“ Arbeitszeiten nur den Bossen nutzen. Teilweise erfahren sie erst kurz vorher, wann sie in der kommenden Woche arbeiten müssen – „flexibel“ zwischen teilweise 6 und 24 Uhr, montags bis samstags. Mit dem, was die Regierung vorhat, könnten ihre Chefs ihnen dann auch noch 13-Stunden-Schichten aufdrücken. Und wenn es nach ihren Bossen geht, dann bald auch sonntags.

Streiks sind darauf die beste Antwort.



Das Ende der 35-Stunden-Woche?

Am 3. Juli haben 33.000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Daimler dagegen protestiert, dass sie – unbezahlt – künftig 5 Stunden mehr pro Woche arbeiten sollen. Es ist krank: Daimler vernichtet gerade tausende Arbeitsplätze, weil angeblich schlechte Zeiten sind. Und dafür sollen die Übrigen statt 35 nun 40 Stunden die Woche arbeiten, und das auch noch für umsonst?

Damit Daimler, die auch in der „Krise“ 5 Milliarden Euro Gewinn machen, demnächst 6 Milliarden Euro Gewinn machen können?

33.000 Arbeitende sind vors Tor gezogen, um deutlich zu machen, dass sie das nicht mitmachen wollen.

Daimler stellt die 35-Stunden-Woche in Frage, die in der Metallindustrie in den 1980er Jahren in harten Streiks erkämpft worden war. Der Konzern tut dies nicht zufällig genau in dem Moment, in dem uns auch die Regierung alle zwingen will, noch mehr und noch länger zu arbeiten.

Der Angriff auf die 35-Stunden-Woche, auf den 8-Stunden-Tag, auf das Rentenalter: All das ist Teil eines Generalangriffs auf die gesamte Arbeiterklasse, der noch lange nicht zu Ende ist. Ein Generalangriff, dem wir uns letztlich nur gemeinsam erfolgreich entgegenstellen können, indem wir uns mit den Arbeitenden vieler Betriebe und Branchen zusammentun.

Eine Rente für Spekulanten

17 gesetzliche Krankenkassen haben in den letzten Wochen jede bis zu 50 Millionen Euro verloren: Sie haben mit einem kleinen Teil unserer Beiträge an der Börse spekuliert... und verloren. All das Geld, das eigentlich für unsere Gesundheit gedacht war, ist nun in den Taschen irgendwelcher reichen Spekulanten gelandet.

Schlimm genug. Doch nun will die Regierung uns alle zwingen, eine private Renten-Versicherung abzuschließen. Und bei der wird nicht nur mit kleinen Teilen, sondern mit unseren gesamten Beiträgen an der Börse spekuliert. Sprich: Bei einer Fehlspekulation oder einem Börsen-Crash verschwindet im schlimmsten Fall unsere gesamte Rente im Rachen der Spekulanten, während wir ohne die Rente dastehen.

Das nennt die Regierung eine Methode zur „Sicherung“ unserer Renten.

Großbrand bei BP: (Keine) Risiken eingehen?

Am Mittwoch, dem 15. Juli, gab es einen Großbrand in der BP-Raffinerie in Gelsenkirchen-Scholven. Zum Glück gab es keine schwer Verletzten. Doch die Arbeiter dort werden noch lange den Schock verarbeiten müssen, in ihrer Anlage plötzlich meterhohen Flammen gegenüberzustehen.

Es hat Stunden gedauert, bis der Brand gelöscht werden konnte. In mehreren angrenzenden Städten mussten Fenster und Türen bis zum nächsten Tag geschlossen bleiben.

Der Brand entstand wohl durch einen technischen Defekt an einer Diesel-Leitung. Noch ist nicht genau geklärt, wie es dazu kommen konnte.

Doch eines ist klar: BP will die Raffinerie schon seit längerem verkaufen. Daher haben sie schon lange keinen Cent mehr als absolut nötig in die Instandhaltung gesteckt... und wahrscheinlich nicht einmal das.

Was heißt vorübergehend?

Als mit Beginn des Iran-Kriegs die Spritpreise in die Höhe geschossen sind, hieß es, das sei ja nur „vorübergehend“. Daher brauche man nur vorübergehende Maßnahmen wie den Tankrabbatt. Jetzt geht das schon 5 Monate, und ein Ende ist nicht in Sicht.

Es reicht. Für diese „vorübergehende“ Erhöhung der Preise brauchen wir eine ebensolche Erhöhung der Löhne.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!